

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Markus Blume

Abg. Tim Pargent

Abg. Christian Flisek

Abg. Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Dr. Anne Cyron

Abg. Dr. Fabian Mehring

Abg. Andreas Winhart

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2 e** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten

Markus Blume, Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),

Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Hubert Faltermeier u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Horst Arnold, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD),

Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

zur Änderung des Gesetzes über die Hochschule für Politik München

(Drs. 18/8343)

- Erste Lesung -

Begründung und Aussprache werden miteinander verbunden. Damit gibt es 14 Minuten Redezeit für die CSU-Fraktion, die absprachegemäß die Begründung übernimmt. Ich eröffne zugleich die Aussprache und erteile Herrn Kollegen Markus Blume das Wort.

Markus Blume (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Vonseiten der CSU-Fraktion hätten wir bei diesem Gesetzentwurf auf Aussprache verzichten können, weil er von seiner Komplexität her sehr überschaubar ist. Es geht im Grunde nur darum, eine Jahreszahl auszutauschen, nämlich darum, einen Reformprozess noch um ein Jahr zu verlängern. Er endet dann nicht am 30.09. dieses Jahres, sondern im kommenden Jahr.

Da nun aber Aussprache gewünscht wird bzw. nicht alle Fraktionen auf die Aussprache verzichten haben, bin ich natürlich nicht um eine Begründung verlegen. Die Hochschule für Politik München, um die es hier geht, die aufgrund eines eigenen Gesetzes

errichtet ist, feiert in diesem Jahr ihren 70. Geburtstag. Sie ist – so würde ich das bezeichnen – ein Juwel nicht nur der deutschen Hochschullandschaft, sondern auch in der bayerischen Demokratiegeschichte. Sie ist errichtet worden, um das Vertrauen in die Demokratie zu stärken und auch einen Ort zu schaffen, an dem fortwährend an dieser Demokratie geforscht, gelehrt und gearbeitet wird.

Deswegen ist es gut, dass wir auf diese Hochschule für Politik ein besonderes Augenmerk richten. Wir haben das als Bayerischer Landtag in den vergangenen Jahren sehr intensiv getan. Wir haben hier am 24. November 2014 einstimmig, fraktionsübergreifend, beschlossen, dass wir diese Hochschule für Politik reformieren und auf neue Beine stellen. Wir haben sie als Einrichtung an der Technischen Universität München neu aufgesetzt. Zurückblickend auf die letzten Jahre würde ich sagen: Schon heute kann man abschätzen, dass es sich um eine echte Erfolgsgeschichte handelt, eine Erfolgsgeschichte, die sich widerspiegelt in den Studierendenzahlen, 426 Studierende aktuell, die sich an der gewachsenen Reputation in der ganzen Republik zeigt, die sich daran bemisst, dass wir hier etwas geschaffen haben, was es in dieser Form in Deutschland bisher nicht gibt, nämlich eine politikwissenschaftliche Einrichtung, die gerade auch die neuesten Entwicklungen von Technologie, von Fortschritt, in den Blick nimmt.

Warum nun die Verlängerung des Reformprozesses um ein weiteres Jahr, wenn doch alles schon so gut auf dem Weg ist? – Der Grund ist ganz einfach. Die Technische Universität hat im Rahmen der Exzellenzinitiative selbst einen Zukunftsentwicklungsplan, einen Zukunftsentwicklungspfad, beschrieben, der in den nächsten Monaten Umsetzung finden wird. Wir sind gemeinsam mit der Hochschulleitung der Meinung, dass es der richtige Weg ist, den Reformprozess auch ein Jahr später enden zu lassen, um ihn mit den Entwicklungen an der Technischen Universität München zu synchronisieren.

Wir wollen die Sonderstellung dieser HfP auch in Zukunft weiter stärken. Wir wollen deutlich machen, dass diese Hochschule für Politik als Einrichtung, die für unsere De-

mokratie arbeitet, auch streitet, gerade aktuell weiterhin ihre Berechtigung hat; vielleicht noch mehr als in normalen Zeiten; denn wir sollten uns jeden Tag vor Augen halten: Demokratie ist nicht selbstverständlich, sie will immer wieder neu errungen werden.

Wenn wir schon ein solches Juwel in der Hochschullandschaft haben, sollten wir es auch gut pflegen. Ich danke allen, die in den letzten Jahren hier im Hohen Haus gemeinsam dafür gesorgt haben, dass wir durch unsere Beschlüsse, auch durch die Haushaltsbeschlüsse, diese Hochschule so ausgestattet haben, dass sie diese Erfolgsgeschichte aufweisen konnte, die sie die letzten Jahre gezeichnet hat.

Insofern danke ich für die Bereitschaft zum gemeinsamen Einbringen dieses Gesetzesentwurfs und darf gleichzeitig um zügige Beratung in den Ausschüssen bitten, damit wir diesen Gesetzesentwurf noch vor der Sommerpause gemeinsam beschließen können.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Blume. – Nächster Redner ist Herr Kollege Tim Pargent für die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Besten Dank für die Möglichkeit, hierzu kurz Stellung zu nehmen. Wir selbst hätten die Aussprache ebenfalls nicht für nötig erachtet, aber nichtsdestoweniger war es ein wichtiger Schritt in der letzten Legislaturperiode, die Hochschule für Politik in München so zu erhalten und ihr mit der TUM einen starken Partner an die Seite zu stellen. Der Reformprozess wird jetzt um ein Jahr verlängert. Aus diesem Grund stehen wir hinter dieser formalen Gesetzesänderung; denn wir GRÜNE unterstützen sowohl die Hochschule für Politik in Gänze als auch den Reformprozess und letztendlich auch diese kleine Änderungsextrarunde von einem Jahr, die jetzt kommen soll.

Ich darf mich auch im Namen der Kollegin Schulze, die ich heute an der Stelle kurz vertreten darf, für die Zusammenarbeit im Reformbeirat bedanken, die die Hochschule für Politik in München auch in den letzten Jahren vorangebracht hat und hoffentlich gut in die Zukunft führt.

Warum wir jetzt auf Wunsch der AfD-Fraktion eine Aussprache zu dem Thema brauchen, weiß ich noch nicht. Aber ich befürchte, wir werden es gleich erfahren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Pargent. – Nächster Redner ist Herr Kollege Christian Flisek für die SPD-Fraktion.

Christian Flisek (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Auch die SPD-Fraktion wird selbstverständlich in guter Tradition diesem Gesetzentwurf zustimmen. Ich darf als neuer Abgeordneter in dieser Periode, in Nachfolge der geschätzten Kollegin Zacharias, jetzt auch diesem Reformbeirat angehören. Ich kann noch keine lobenden Worte ausrichten oder aussprechen, weil ich, wie gesagt, neu dabei bin. Aber ich denke – das hatte ich zumindest von der Kollegin immer mitgeteilt bekommen –, dass die Zusammenarbeit stets gut war.

Gleichwohl möchte ich eines schon sagen: Wir müssen natürlich aufpassen, dass so ein Reformprozess kein dauerhafter Reformprozess wird. Bei vielen Detailproblemen, die in der kurzen Zeit schon an mich herangetragen worden sind – Stichworte: TUM-Karte für HfP-Mitarbeiter, unterschiedliche Behandlung von Drittmitteln zwischen TUM und HfP –, müssen wir endlich auch Fortschritte erzielen. Aber ich bin guter Dinge, dass wir das auch erreichen werden, wenn wir diese Probleme lösungsorientiert angehen. In diesem Sinne stimmen wir zu.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Flisek. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Dr. Wolfgang Heubisch das Wort.

Dr. Wolfgang Heubisch (FDP): Herr Präsident, verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, die HfP hatte nicht immer so gute Zeiten, wie es sich jetzt anlässt. Ich kann mich sehr genau erinnern. Es war eine ganz schwierige Situation. Die eine Universität hat sich eigentlich innerlich von der HfP gelöst. Sie war sozusagen fast im luftleeren Raum – geschwebt kann man nicht sagen, sondern man fällt ja dann auf den Boden. Da muss man einen Dank aussprechen, dass die Technische Universität München die Initiative ergriffen hat, etwas Neues zu gestalten. Ich darf allen Fraktionen hier, die damals im Bayerischen Landtag waren, nochmal nachträglich gratulieren, dass man diesen Lösungsweg gegangen ist und die HfP an die TUM angebunden hat. Das finden wir gut; das ist der richtige Weg.

Wenn man für den Reformprozess noch ein Jahr mehr braucht, dann soll mir und meiner Fraktion das sehr, sehr recht sein. Wir werden genau hinschauen, wie wir das begleiten können. Ich habe das Gefühl, die HfP ist auf einem guten – internationalen! – Weg. Das ist etwas völlig Neues bei dieser Hochschule. Deshalb signalisieren wir klare Zustimmung.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Heubisch. – Nächste Rednerin ist für die AfD-Fraktion Frau Abgeordnete Dr. Anne Cyron.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Anne Cyron (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Dem Gesetzentwurf zur Verlängerung des Reformprozesses um ein Jahr stimmen wir selbstverständlich zu, wobei wir nicht nachvollziehen können, dass wir in die Erstellung des Entwurfs vorab nicht einbezogen wurden.

Ich habe jedoch ein Anliegen: in dieser Zeit, in diesem zusätzlichen Jahr des Reformprozesses der Hochschule für Politik ihr das Herzstück, die Politische Philosophie, wenigstens ansatzweise zurückzugeben; denn die ethischen Probleme, die aus den Fort-

schritten in Forschung und Technisierung entstehen, werden ohne das Zusammenspiel von Naturwissenschaft und Philosophie nicht zu lösen sein.

Es ist wünschenswert, dass die Absolventen der TUM die Hochschule mit ausgezeichneten Kenntnissen nicht nur in Technik und Naturwissenschaft verlassen, sondern diese auch im Bereich der Politischen Philosophie erwerben, das heißt, als Generalisten ihre Hochschule verlassen können. Sie sollen über politikphilosophische Grundkenntnisse verfügen, zum Beispiel: Was macht eine Demokratie aus? Was macht den Rechtsstaat aus? Wie sind aktuelle politische Vorgänge verfassungsrechtlich zu betrachten? Was ist alles machbar? Was ist zulässig im Hinblick auf unsere unveräußerlichen Menschenrechte? Ist die Systemtheorie von Niklas Luhmann wirklich Luhmann zuzurechnen, oder hat bereits Aristoteles dafür die Grundlagen gelegt? Welche Gerechtigkeitstheorien – Rawls, Aristoteles – können uns bei der Klärung der sozialen Frage und der für die Gesellschaft entscheidenden Frage nach den Sphären der Gerechtigkeit behilflich sein?

Die Ideologisierung in der Politik nimmt unvermindert zu. Nur die Rückbesinnung auf die philosophischen Wurzeln eines Gemeinwesens bringt die nötige Klarheit in das Denken der jungen Menschen. Universalbildung wurde aus den Lehrplänen von Schulen und Universitäten zunehmend entfernt und ersetzt durch Genderwahn, Klimahysterie und völlig überflüssige Debatten über "Me too" und Rassismus.

Lassen Sie uns mit der Neufassung der Lehrpläne an der Hochschule für Politik einen wichtigen Beitrag zur Bildung leisten – weg von der Ideologie, hin zur Philosophie.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Herr Kollege Dr. Fabian Mehring.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn einem die eigenen Fraktionskolleginnen und -kollegen den

Dienstwagen streichen und den Fahrer ausstellen, sodass man mühsam zu Fuß in das Parlament kommen muss, dann entwickelt man natürlich die Bestrebung, dass sich das rentiere. Ausfluss dessen ist es wohl, dass Sie sich wünschen, dass wir heute über etwas miteinander debattieren, wozu es eigentlich nichts miteinander zu debattieren gibt. Wenigstens ist das die einzige plausible Erklärung, die mir dafür einfällt, dass Sie uns heute ernsthaft mit der Bitte um Aussprache zu diesem bahnbrechenden Formalbeschluss beglückt haben.

Wie wichtig Ihnen das Thema wirklich ist, wie sehr es Ihnen am Herzen liegt, sieht man daran, dass die Allermeisten von Ihnen jetzt mit Abwesenheit glänzen, lieber mit dem Kollegen Höcke durch das Haus spazieren – in diesem Fall wahrscheinlich eher: durch das Haus marschieren – und sich für die Debatte, die sie selbst angezettelt haben, gar nicht interessieren.

(Widerspruch bei der AfD)

Materiell liegen die Dinge jedenfalls ganz klar: Wir stellen Bayern auf den Kopf, indem wir durch den zugrunde liegenden Gesetzentwurf eine Jahreszahl ändern. Wir tun das im Einverständnis mit allen Beteiligten – mit der Studierendenschaft, dem akademischen Lehrkörper, übrigens auch im interfraktionellen Konsens aller demokratischen Fraktionen. Man kann dafür oder dagegen sein. Man kann darüber aber nicht eine parlamentarische Debatte miteinander führen. Deshalb möchte auch ich darauf verzichten.

Inhaltlich schließe ich mich den Ausführungen des Kollegen Blume und meiner Vorredner an. Die verbleibende Redezeit möchte ich für fruchtbarere Debatten sparen. Ich bedauere, dass es nötig geworden ist, deshalb die Mikrofonköpfe zu wechseln, und bitte um Zustimmung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Winhart von der AfD-Fraktion. Bitte sehr.

Andreas Winhart (AfD): Herr Mehring, dass hier nur so wenige Abgeordnete sitzen, liegt nicht an uns oder an den Gästen im Haus, sondern daran, dass dieses Haus beschlossen hat, dass nur soundso viele Abgeordnete hier sitzen dürfen. Sparen Sie sich also diese sarkastischen Bemerkungen! Diese bringen uns in der Sache überhaupt nicht weiter.

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Es ist relativ einfach, warum wir uns um die HfP gern kümmern. Wir haben in unseren Reihen mindestens zwei Absolventen: Frau Dr. Cyron hat ihren Dokortitel dort erlangt, ich habe das Studium dort abgeschlossen. Man hat schon auch einen gewissen Bezug zu seiner ehemaligen Hochschule. Wir wissen, wie es damals, zu LMU-Zeiten, gelaufen ist, und sehen auch die Entwicklung. Ganz ehrlich, dass wir einem pragmatischen, sachlichen Politikansatz folgen, können auch Sie uns abnehmen.

(Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Darauf muss man nicht immer mit Polemik in allen Varianten reagieren. Das sage ich ganz offen und ehrlich. Schämen Sie sich!

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Dr. Mehring, bitte.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Kollege, was uns eint, ist das gemeinsame Bemühen um eine gute Zukunft für die HfP. Was uns sicher nicht eint, ist das, was derzeit als Parallelveranstaltung in diesen Räumlichkeiten stattfindet.

Ich tue mich, ehrlich gesagt, schon schwer damit, Ihnen einen konstruktiven Politikansatz innerhalb dieses Plenarsaals abzunehmen, während draußen gerade Feinde unserer Verfassung mit Ihren Fraktionskollegen durch das Maximilianeum marschieren.

(Beifall – Lebhafter Widerspruch bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank, Herr Dr. Mehring. – Die Aussprache ist geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist offensichtlich der Fall. Damit ist so beschlossen.